



## ***Kurzbericht***

*über die*

### ***67. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 28. Mai 2014,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss führte eine mündliche Anhörung zum Antrag **Ausbildungsförderung für Flüchtlinge erleichtern**, Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 18/1145](#), durch. Das Ministerium für Bildung und Wissenschaft wurde gebeten, bis zur Sitzung des Ausschusses am 11. Juni 2014 die Fragen der Fraktion der CDU, [Umdruck 18/2920](#), schriftlich zu beantworten.

Im Anschluss daran nahm der Ausschuss folgende Berichte entgegen:

- **Bericht der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa über den Jugend-TOA in Schleswig-Holstein, insbesondere über den Einsatz zusätzlich geschaffener Personalstellen**  
Antrag der Abg. Petra Nicolaisen (CDU) - [Umdruck 18/2851](#)
- **Bericht der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa über den Sachstand der geplanten Erweiterung der Jugendanstalt Schleswig**  
Antrag der Abg. Petra Nicolaisen (CDU) - [Umdruck 18/2851](#)
- **Bericht der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa über den Stand der Planungen der Landesregierung zur Schaffung einer freiwilligen Rückkehrmöglichkeit für entlassene Strafgefangene in die Justizvollzugsanstalt**  
Antrag der Abg. Petra Nicolaisen (CDU) - [Umdruck 18/2852](#)

Des Weiteren nahm der Innen- und Rechtsausschuss den **Europabericht 2013-2014: Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte 2013 - 2014**, Bericht der Landesregierung, [Drucksache 18/1841](#), zur Kenntnis.

Der **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG) und der Gemeindeordnung (GO)**, Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 18/1136](#),

wurde mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU, PIRATEN und FDP dem Landtag zur Annahme empfohlen.

Der **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesjustizverwaltungskostengesetzes und weiterer Gesetze**, Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 18/1469](#), wurde bis zur Klärung noch offener Fragen von der Tagesordnung abgesetzt, und soll in der nächsten Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses voraussichtlich zur abschließenden Beratung wieder aufgerufen werden. Außerdem erfolgte ein Gutachtenauftrag an den Wissenschaftlichen Dienst.

Der **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Gesetzes zum Schutz personenbezogener Informationen**, Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 18/1558](#) (neu), und das **Gesetz zur Neuregelung der Wahl der oder des Landesbeauftragten für Datenschutz**, Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/1472](#), wurde von der Tagesordnung abgesetzt und soll in der nächsten Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses wieder aufgerufen werden. Des Weiteren sollen diese Drucksachen für das Juni-Plenum angemeldet werden.

Unter dem Tagesordnungspunkt **Verschiedenes** teilte die Vorsitzende dem Ausschuss mit, dass Vertreter der Bundespolizei zum Thema Videoüberwachung an Bahnhöfen, [Drucksache 18/447](#), voraussichtlich am 2. Juli 2014 im Ausschuss erscheinen werden, um dazu Stellung zu nehmen.

## Terminplanung:

24. September 2014 Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses entfällt

Schluss: 17:30 Uhr

gez. Dörte Schönfelder